

Sparen

Autor(en): Niklaus Merz
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 1993

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/4cb26b1c-5de1-472e-b157-dc0742ec3457>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Sparen im Sozialbereich

Sparen ist angesagt. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind begrenzt. Alle sparen überall. Nicht nur die öffentliche Hand klagt über fehlende finanzielle Mittel, auch die Privathaushalte klagen, weil wegen der hohen Mieten oder aus andern Gründen die Rechnung nicht mehr aufgeht.

Sparen hat in der Regel Einschränkungen zur Folge. Deshalb spart niemand gern. Man spart allenfalls gerne, wenn man selber von den Sparbemühungen profitieren kann, indem man später mehr finanzielle Mittel zur Verfügung hat. Wenn aber andere vom eigenen Sparen profitieren, macht es keinen Spass.

Zurzeit ist sparen angeordnet. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat erstens beschlossen, keine Subventionen mehr neu zu beantragen oder zu bewilligen, es sei denn, ein gleich hoher Betrag sei anderweitig gespart worden. Zweitens hat er beschlossen, dass die bestehenden Subventionen überprüft werden. Im Einzelfall sind die entsprechenden Verhandlungen zwischen den Departementen und den Subventionsempfängern zu führen, wenn die bestehenden Subventionen auslaufen. Diese Entscheide treffen grundsätzlich alle Subventionen. Wir beschäftigen uns hier ausschliesslich mit dem Sozialbereich. Einige Punkte seien kurz angesprochen:

– Giesskannensysteme sind problematisch. Man sollte versuchen, die staatlichen Leistungen auf Personenkreise einzuschränken, die auf die entsprechende Leistung wirklich angewiesen sind.

– Nicht jede Einsparung ist zwingend mit einem «Abbau von sozialer Leistung» verbunden.

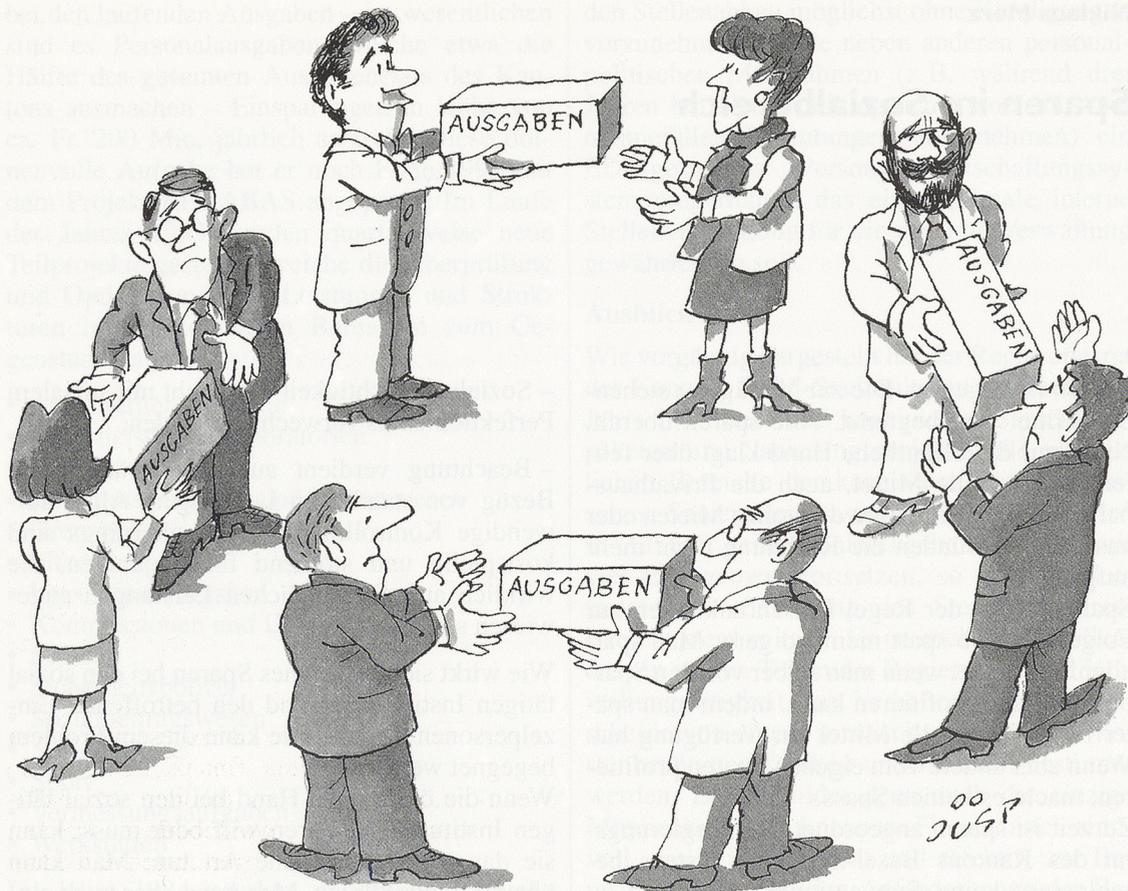
– Soziale Gerechtigkeit darf nicht mit sozialem Perfektionismus verwechselt werden.

– Beachtung verdient auch missbräuchlicher Bezug von staatlichen Leistungen. Allzu aufwendige Kontrollmassnahmen allerdings sind kostspielig und stossend für diejenigen, die wirklich auf die staatlichen Leistungen angewiesen sind.

Wie wirkt sich staatliches Sparen bei den sozial tätigen Institutionen und den betroffenen Einzelpersonen aus und wie kann diesem Problem begegnet werden?

Wenn die öffentliche Hand bei den sozial tätigen Institutionen sparen will oder muss, kann sie das auf verschiedene Art tun: Man kann überall linear kürzen. Man kann aber auch einzelnen gar nichts mehr geben und damit die Beitragsleistungen an andere beibehalten.

Es bringt uns nicht weiter, wenn wir solche Sparphilosophien durchleuchten. Ein Hinweis sei mir gestattet: Wenn man mit der rechten Hand an einem Ort spart, und mit der linken Hand das mit der rechten Hand Ersparte ausgibt, bzw. ausgleichen muss, so ist der Spareffekt weg. Ist die rechte Hand z.B. das Amt für Sozialbeiträge (z. B. Krankenversicherungszuschüsse), so kann die linke Hand das Fürsorgeamt sein. Letztlich findet oft nur eine Kostenverlagerung statt. Es wird nur die Kasse gewechselt. Ähnliche Verschiebungen nach dem St.-Florians-Prinzip gibt es auch zwischen Bund und Kanton. Dass die öffentliche Hand nicht nur ganz allgemein sparen muss, sondern dass sie dies auch im sozialen Bereich tut, ist eine schwerwiegende politische Entscheidung, die von Parlament und Regierung getroffen wird und der wir uns zu unterziehen haben.



Es gibt jedoch Bereiche, in denen meines Erachtens nicht gespart werden sollte. Zum Beispiel:

- dort, wo nur eine Verschiebung der Ausgaben von einer Behörde zur anderen zu erwarten ist. Die Spar-Wirkung ist da in der Regel gleich Null. Die Benutzer werden unnötig verunsichert und der administrative Aufwand wird häufig vergrößert.
- dort, wo Personen von Sparaktionen betroffen werden, die ihre Lage selber nicht verändern können und für die jede weitere Einschränkung zwingend die Lage noch verschlechtert, so dass sie schliesslich doch wieder auf die Hilfe des Gemeinwesens angewiesen sind.
- dort, wo bereits effiziente Selbsthilfe auf kostengünstige Art geleistet wird. Solche effizienten – häufig gemeinnützigen – Einrichtungen sollten nicht durch die Kürzung der Mittel in

Frage gestellt werden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Selbsthilfe zusammenbricht mit der Folge, dass das Gemeinwesen mit «öffentlichem» Geld die entstandene Lücke abzudecken hat.

Was geschieht mit den Personen, die weniger Mittel erhalten? Einzelne Personen können sich gegen verordnete Sparmassnahmen meist nicht wehren. Sie können versuchen, eine zusätzliche Quelle zu finden, um den Ausfall wettzumachen. Oder sie müssen den Gürtel enger schnallen, was auch immer das für sie bedeutet. Und schliesslich werden sie doch der staatlichen Fürsorge anheimfallen.

Folgen für Institutionen, welchen der Geldhahn zugedreht wird:

a) *Infolge von Dienstleistungsabbau* müssen betroffene Einzelpersonen Wege finden, um ihre Probleme zu lösen. Das ist nicht immer einfach. Es gibt wohl kein soziales Dienstlei-

stungsangebot in der Stadt, bei dessen Wegfall niemand wirklich direkt betroffen wäre. Eine ganze Reihe von Beratungsstellen in unserer Stadt bietet guten Rat an, wenige haben finanzielle Mittel zur Linderung bestimmter Notlagen zur Verfügung. Wenn Dienstleistungen abgebaut werden, können auch bezahlte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen sein. Nicht alle werden einen neuen Arbeitsplatz finden.

b) *Rationalisierung der Tätigkeiten*, ohne den Kern der Idee und der Dienstleistung fallen zu lassen. Z.B. durch Straffen. Dort, wo immer schon mit strengem Spargriffel gewirkt worden war, dürfte diese Frage bereits durchdacht worden sein. Eine Organisationsberatung durch erfahrene Ehrenamtliche oder gewiefte Profis mit dem Ziel, durch betriebswirtschaftliche oder strukturelle Verbesserungen Einsparungen zu erzielen, kann sich langfristig bezahlt machen. Wo verschiedene Institutionen in einem ähnlichen Aufgabenbereich tätig sind, kann auch bessere Koordination und Aufgabenteilung Wunder wirken.

c) *Neuorganisation der Institution* zum Beispiel durch den Einsatz von Freiwilligen. Bei der Anstellung von bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hatte man wohl gute Gründe gehabt, die Arbeit nicht mit Freiwilligen zu organisieren. Unter dem Diktat des Sparens jedoch bleibt einer Institution eventuell nichts anderes übrig. Mir ist nicht bekannt, dass in Basel eine Organisation diesen Weg eingeschlagen hätte. Er ist kaum je wünschbar. Aber er ist als worst-case-scenario denkbar.

d) *Einsparungen beim Personal* entweder durch lineare Lohnkürzungen oder durch Stellenabbau; oder allenfalls die Analyse der Leistungsbereitschaft und -fähigkeit der Mitarbeitenden. Kein sozial denkender Vereinsvorstand wird für eine gemeinnützige Institution Lohnkürzungen ohne grosse Bedenken in Erwägung ziehen. In der Regel sind die Gehälter in sozialen Institutionen nicht zu hoch. Stellenabbau bedeutet, dass das Dienstleistungsangebot verdünnt wird. Das kann nur dann die richtige Lösung sein, wenn die wichtigsten Aufgaben trotzdem wahrgenommen werden können.

e) *Suche nach neuen Einnahmequellen* bei Stiftungen oder anderen gemeinnützigen Einrich-

tungen. Oft folgen diese aber genau definierten Vergabungsbestimmungen. Sponsoren hingegen setzen unter Umständen ihren Namen gerne mit bestimmten Aufgaben, die eine betroffene Institution verkörpert, in Verbindung. Die nötigen Aktionen, durch welche Geldgeber gesucht werden, sind allerdings personen- und kostenintensiv, da sie aufwendige Öffentlichkeitsarbeit erfordern.

f) *Verschiebung von Mehrkosten* auf die Bezüger. Werden Mehrkosten einem dritten Kostenträger verrechnet, kann nur die betroffene Institution Einsparungen verbuchen. Ein wirklicher Spareffekt beim einzelnen kann nur erzielt werden, wenn der einzelne den Mehraufwand für die bezogene Leistung selber tragen muss.

g) *Suche nach Nischen* im Angebot der freien Wirtschaft. Durch das Angebot von neuen Produkten, die eventuell für andere zu wenig interessant sind, deren Produktion aber Überkapazitäten abdeckt, kann einer Institution eine Überlebenschance bieten.

Nicht Sparlust oder -wut stehen am Anfang der Sparübungen im sozialen Bereich, sondern der Zwang, mit begrenzten finanziellen Mitteln auszukommen. Trotzdem plädiere ich dafür, dass Sparbeschlüsse wohlüberlegt werden. Dabei scheinen mir drei grundlegende Gedanken wichtig:

1. An einem Ort erzielte Ersparnisse führen oft zu Mehrausgaben an einem andern Ort. Bei den Entscheidungsträgern ist vernetztes Denken gefordert.

2. Man sollte nicht dort sparen, wo Organisationen unter Mobilisierung von viel Selbsthilfe eine notwendige Dienstleistung kostengünstig auf hohem Niveau anbieten. Die in solchen Fällen vergleichsweise bescheidene Hilfe der öffentlichen Hand ist gut investiert!

3. Die Hilfe der öffentlichen Hand darf nicht jenen Personen und Personengruppen gekürzt oder entzogen werden, die sich selber nicht helfen können.

Es gibt Gruppen von Benachteiligten, die keine Lobby haben, die ihre Interessen vertreten. Die GGG und viele andere gemeinnützige Institutionen haben es sich zum Ziel gesetzt, Lobby für die Ärmsten und am stärksten Benachteiligten unserer Gesellschaft zu sein.